



Liebe Leserin, lieber Leser,

Europa befindet sich im Fadenkreuz des islamistischen Terrorismus. Das haben uns die Anschläge allein im Jahr 2016 auf schreckliche Weise vor Augen geführt: Frankreich, Belgien, Großbritannien und in Deutschland Würzburg, Ansbach, Hannover, Essen und Berlin. Um Angriffe auf unsere freie und offene Gesellschaft verhindern zu können, wird die neue Landesregierung unsere Sicherheitsbehörden mit dem Personal, der Technik und den Befugnissen ausstatten, die sie dafür brauchen.

Die Terroristen sind international vernetzt. Deshalb müssen die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder mit ihren internationalen Partnern noch besser Informationen austauschen. Das ist eine der Lehren, die aus dem Fall Amri gezogen werden müssen. Unser wehrhafter Rechtsstaat darf sich nicht von seinen Feinden überlisten lassen.

Denn diese Feinde und ihre perfiden Taten sind für die freiheitliche demokratische Grundordnung sehr viel gefährlicher, als mehr Eingriffsbefugnisse für die Beschützer dieser Ordnung es sind. Der Rechtsstaat sorgt für Freiheit in Sicherheit. Er bedroht sie nicht.

Das Gefühl der Bedrohung setzt eine Gesellschaft hohem Stress aus. Diese Verunsicherung ist das Kapital von Extremisten – ganz egal welcher Ideologie. Wir können Wechselwirkungen beobachten: Islamistischer Terror löst Reaktionen und Aktionen von Rechtsextremisten aus. Darauf wiederum reagieren Linksextremisten. Zudem ändert sich die Form politischer Kommunikation in extremistischen Organisationen. Beispiele dafür liefert die rechtsextremistische Identitäre Bewegung. Ihre Ästhetik ist auf die sozialen Netzwerke zugeschnitten – ihre öffentlichen Banneraktionen adaptieren mediengerecht Formen der ökologischen Protestkultur. Ihre zeitgemäße *corporate identity* ändert nichts daran,

dass in neuer und moderner Gestalt rechtsextremistisches Gedankengut verbreitet wird.

Von der anderen Seite des politischen Spektrums aus wird der Rechtsstaat ebenfalls angegriffen. Linksextremisten legitimieren Gewalt in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner nicht nur, sondern eskalieren die Gewaltanwendung gegen Personen und Sachen. Ein besonders markantes Beispiel dafür waren die gewalttätigen Proteste im Rahmen des G20-Gipfels in Hamburg. Wer das Recht auf Versammlungsfreiheit und auf freie Meinungsäußerung für Gewalt missbraucht, wer Polizisten als Vertreter der rechtsstaatlichen Ordnung zum Angriffsziel erklärt und macht, wer das staatliche Gewaltmonopol nicht akzeptiert und aktiv bekämpft, der wendet sich aggressiv gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Mit Sorge erfüllt uns zudem, dass die innenpolitischen Konflikte in der Türkei auf Deutschland und

damit auch auf NRW ausstrahlen. Hier ist seitens der Verfassungsschutzbehörden insbesondere jeder Form von Oppositionellenausspähung entgegenzuwirken.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim NRW-Verfassungsschutz leisten jeden Tag ihren Beitrag, um unsere Demokratie und unsere freie Gesellschaft vor diesen Gefahren zu schützen. Dafür gebührt ihnen Dank.



Herbert Reul
Minister des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen

Diese Broschüre bietet eine Zusammenfassung des Verfassungsschutzberichtes des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2016.



Unter www.im.nrw.de/verfassungsschutz finden Sie den kompletten Bericht und aktuelle Veröffentlichungen zu allen Themen des Verfassungsschutzes.

Hier können Sie den Bericht bestellen:

Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen
Abteilung Verfassungsschutz
Friedrichstraße 62-80
40217 Düsseldorf

bestellung.verfassungsschutz@im1.nrw.de
www.im.nrw.de/publikationen

Kompakt

Politisch motivierte Gewalt

- ▶ Minimaler Rückgang der allgemeinen PMK-Zahlen in der Gesamtbetrachtung auf einem unvermindert hohen allgemeinen Niveau und weitere Zunahme der PMK-Gewalt insbesondere in den Phänomenbereichen PMK-Rechts und PMK-Ausländer.
- ▶ Die Zahl der Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte blieb auf dem hohen Niveau von 2015. Rund zwei Drittel der Tatverdächtigen waren bislang nicht rechtsextremistisch aktiv, was auf Radikalisierungsverläufe außerhalb des organisierten Spektrums hinweist.

4. Januar

Bundesweites Verbot des wichtigsten rechtsextremistischen Internetportals „Altermedia Deutschland“



26. Februar

Messerattacke der 15jährigen Safia S. auf Polizeibeamten in Hannover



1. – 3. März

mündliche Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts im NPD-Verbotsverfahren

2016 ▶▶

01

02

03

04

05

06

07

08

09

10

11

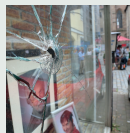
12



Rechtsextremismus

- ▶ Im Rechtsextremismus sind Flüchtlinge und der Islam weiterhin die wesentlichen Propagandathemen und gelten als „Türöffner“, um Anhänger aus der Mitte der Gesellschaft zu gewinnen. Die Verbreitung solcher „Feindbilder“ schafft einen Nährboden für fremdenfeindliche Straftaten.
- ▶ Gruppierungen wie die **Identitäre Bewegung Deutschland (IBD)** versuchen durch neue Aktionsformen eine Funktion als Mittler zwischen Rechtsextremismus und gesellschaftlicher Mitte einzunehmen.
- ▶ **Reichsbürger** bestreiten die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Rechtsordnung und versuchen die Arbeit der Behörden zu behindern. Staatliche Maßnahmen zur Eindämmung dieses Phänomens zeigen erste Wirkung: Dazu zählen der Entzug von Waffenerlaubnissen, die konsequente strafrechtliche Verfolgung sowie Sensibilisierungs- und Informationsmaßnahmen für betroffene Behörden.

4. Juni
Neonazi-Ver-
sammlung „Tag
der deutschen
Zukunft“ in
Dortmund



24. Juli
Selbstmordattentat
eines syrischen
Flüchtlings vor
einem Restaurant
in Ansbach



31. Juli
Türkisch-
nationalistische
Demo in Köln

Linksextremismus

- ▶ Die Gewaltbereitschaft im Linksextremismus nahm in NRW erheblich zu. Wenngleich die Anzahl der linksextremistisch motivierten Straftaten in 2016 rückläufig war, erhöhte sich vor allem die Schwere der Gewalttaten sowie das gewaltbereite Personenpotenzial.
- ▶ Die Verschärfung der Gewalt bis hin zu Sabotageakten und der Inkaufnahme schwerster Verletzungen von Personen belegen eine gesunkene Hemmschwelle. Neben den Rechts-Links-Auseinandersetzungen und Übergriffen auf die Polizei zeigt sich diese Entwicklung vor allem in den Protesten gegen den Braunkohlenabbau am Hambacher Forst und auch bereits im Vorfeld des G20-Gipfels im Juli 2017 in Hamburg.

Auslandsbezogener Extremismus

- ▶ Die politische Lage nach dem Putschversuch am 15. Juni 2016 in der Türkei hat erheblichen Einfluss auf die Situation in Deutschland und in NRW. Die auf Deutschland gerichtete türkische Regierungs-

9. Januar
Pegida-
Versammlung
in Köln mit über
200 Straftaten



16. April
Sprengstoff-
anschlag
auf einen
Sikh-Tempel
in Essen



27. April
Prozessbeginn
gegen die OSS
wegen Bildung ei-
ner terroristischen
Vereinigung



2016 ►►

01

02

03

04

05

06

07

08

09

10

11

12



propaganda spaltet die türkischstämmige „Community“ und zielt darauf ab, türkisch-nationalistische Kräfte und Organisationen gegen den deutschen Staat aufzubringen und Oppositionelle einzuschüchtern.

- ▶ Die Konfrontationen zwischen regierungstreuen nationalistischen Türken und kurdischstämmigen Personen nehmen stark zu. Es kommt regelmäßig zu Auseinandersetzungen am Rande von Veranstaltungen. Öffentlichkeitswirksame Kundgebungen finden unter der emotionalisierten politischen Lage großen Zuspruch bei den jeweiligen Anhängern.
- ▶ Der Verfolgungsdruck deutscher Strafverfolgungsbehörden gegenüber verbotenen Organisationen (insbesondere **PKK** und **DHKP-C**) ist unvermindert hoch. Funktionäre werden angeklagt und zu Haftstrafen verurteilt. Veranstaltungen, bei denen der Verdacht besteht, dass sie der Generierung von Geldern für verbotene Organisationen dienen, werden rechtswirksam untersagt bzw. durch Auflagen erschwert.



4. Juni
Linksautonome
Demonstranten
am „Tag der Deutschen Zukunft“ in
Dortmund



18. Juli
Anschlag in einer
Regionalbahn bei
Würzburg mit fünf
Verletzten, vier
davon schwer



20. August
Aktionstage
„Ende Gelände“
am Braunkohle-
tagebau
Garzweiler II



Islamismus

- ▶ Der sogenannte **Islamische Staat (IS)** gerät in Syrien und im Irak militärisch zunehmend unter Druck und hat große Teile seiner besetzten Gebiete verloren. In seiner Propaganda fordert er verstärkt, im „Westen“ – explizit auch in Deutschland – Anschläge zu verüben.
- ▶ Die Propaganda trifft in Deutschland auf eine Szene, die durch strafrechtliche Maßnahmen und Vereinsverbote zwar in ihrer Organisationsstruktur stark beeinträchtigt, aber weiterhin handlungsfähig ist. Insbesondere die gewaltbefürwortende Propaganda des **IS** im Internet findet weiterhin Anklang.
- ▶ Das Gefahrenpotenzial ist dadurch in Deutschland weiterhin dauerhaft erhöht. 2016 war das Jahr mit der bislang höchsten Rate islamistisch motivierter Anschläge: fünf durchgeführte Anschläge, ein unmittelbar vereitelter und mehrere schon in der Planungsphase verhinderte Anschläge.
- ▶ Rückkehrer aus Krisengebieten, „Terror-Kommandos“ aus dem Ausland, Jihad-affine salafistische Szenen vor Ort und radikalisierte Einzeltäter werden langfristig eine Herausforderung für Sicherheitsbehörden und für die deutsche Gesellschaft bleiben.



10. September
Sicherstellung von Sprengsätzen in Leipziger Wohnung eines syrischen Flüchtlings

15. Oktober
Rechtsrock-Konzert mit rund 5.000 überwiegend deutschen Bands und Teilnehmern in Unterwasser (Schweiz)



19. Dezember
Anschlag auf einen Weihnachtsmarkt in Berlin mit einem LKW

2016 ▶▶

01

02

03

04

05

06

07

08

09

10

11

12

Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz

- ▶ Die Zahl der gezielten und qualitativ hochwertigen Cyberangriffe auch auf deutsche Unternehmen war im Jahr 2016 auf einem unvermindert hohen Niveau.
- ▶ In 2016 war eine Zunahme an Spionageversuchen und Aktivitäten von russischen und türkischen Nachrichtendiensten in NRW zu verzeichnen.

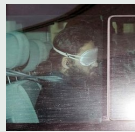
Prävention und Aussteigerprogramme

- ▶ Bis Ende 2016 wurden fast 390 junge Menschen im Wegweiser-Programm betreut. 5.500 weitere Beratungen und Anfragen wurden durchgeführt.
- ▶ In der Extremismusprävention lagen die Schwerpunkte der Arbeit in den Bereichen Islamismus und Rechtsextremismus.

20. September
Hackerangriffe auf
den Bundestag
und die Parteien,
wie auch schon
im März



8. November
Festnahme des
„Predigers“ Abu
Walaa



15. November
Bundesweites
Verbot der Ver-
einigung „Die
Wahre Religion /
Lies!“



2016 ►►

01

02

03

04

05

06

07

08

09

10

11

12



Über den Verfassungsschutz

Verfassungsschutz ist nach dem Grundgesetz eine Aufgabe der Länder und des Bundes. Nordrhein-Westfalen verfügt deshalb wie alle Länder der Bundesrepublik Deutschland über eine eigene Verfassungsschutzbehörde. Das Ministerium des Innern ist Verfassungsschutzbehörde. Die für den Verfassungsschutz zuständige Abteilung nimmt ihre Aufgaben gesondert von der Polizeiorganisation wahr.

Die Verfassungsschutzbehörden der einzelnen Bundesländer sind gesetzlich dazu verpflichtet, untereinander und mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz zu kooperieren. Dabei übernimmt das Bundesamt die Aufgaben einer Zentralstelle auf Bundesebene. Mit Blick auf die weiterhin angespannte Gefährdungslage in der Bundesrepublik

Deutschland und im Land Nordrhein-Westfalen hat die Landesregierung beschlossen, den Verfassungsschutz weiter personell zu verstärken. Dementsprechend wurde der Verfassungsschutz im Jahr 2016 um 37 zusätzliche Stellen verstärkt, so dass für die Abteilung insgesamt 425 Stellen zur Verfügung standen. Ergänzend dazu wurden die Sach- und Investitionsmittel auf 5,77 Millionen Euro erhöht.

Anmerkung

Der vorliegende Verfassungsschutzbericht bezieht sich auf Ereignisse und Beobachtungen im Jahr 2016; zeitlich danach liegende Vorfälle und Entwicklungen werden punktuell angesprochen, wenn sie von größerer Bedeutung sind. Hinweise auf Geschehnisse außerhalb Nordrhein-Westfalens sind aufgenommen, soweit sie für das Verständnis des Berichts erforderlich sind.

Ergänzende Informationen finden Sie im Internet unter www.im.nrw.de/verfassungsschutz.

Grundlagen und Zielsetzung des Verfassungsschutzes

Nach § 3 Abs. 1 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (VSG NRW) hat der Verfassungsschutz die Aufgabe, bereits im Vorfeld von konkreten Gefährdungslagen Informa-

tionen zu beschaffen, zu sammeln und auszuwerten, die Bestrebungen oder Tätigkeiten betreffen,

- ▶ die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- ▶ darauf abzielen, die Amtsführung von Verfassungsorganen des Bundes oder eines Landes ungesetzlich zu beeinflussen, oder
- ▶ die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder
- ▶ die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind oder

- die sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht darstellen.

Die Verfassungsschutzbehörde sammelt hierzu die für sie relevanten Informationen und wertet sie aus, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für eine Bestrebung gegeben sind oder zumindest gewichtige Anhaltspunkte für den Verdacht solcher Bestrebungen und Tätigkeiten vorliegen. Weder eine konkrete Gefahr noch eine begangene Straftat

sind notwendig, um ihr Tätigwerden zu legitimieren. Es ist nicht Voraussetzung für die Berichterstattung in den Jahresberichten, dass sich die Verdachtsmomente bis zur Einschätzung einer Bestrebung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben. Der Verfassungsschutz arbeitet zum Schutz der Verfassung und des Gemeinwesens im Vorfeld konkreter Gefahren oder Straftaten. Er hat bei der Wahrnehmung seines gesetzlichen Auftrags im Wesentlichen Organisationen und Strukturen im Blick.

Kennzeichnung

Die Namen und Bezeichnungen von Organisationen, Bestrebungen und Tätigkeiten, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen sind in Fettdruck gekennzeichnet. Namen solcher, bei denen zumindest gewichtige Anhaltspunkte für den Verdacht für die in § 3 Abs. 1 VSG NRW beschriebenen Merkmale vorliegen, sind zwischen den Zeichen » und « eingefasst (sogenannte Chevrons).

Beispiel: »**Partei XY**«

Bei einer „Bestrebung“ handelt es sich nach § 3 Abs. 3 VSG NRW um politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der gegen die in § 3 Abs. 1 genannten Schutzgüter gerichtet ist. Ein „Personenzusammenschluss“ setzt mehrere Personen voraus, die gemeinsam handeln. Einzelpersonen stehen nicht unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes, es sei denn, ihr Verhalten ist auf die Anwendung von Gewalt gerichtet oder von ihnen geht eine erhebliche Gefahr für eines der Schutzgüter des Verfassungsschutzgesetzes aus.

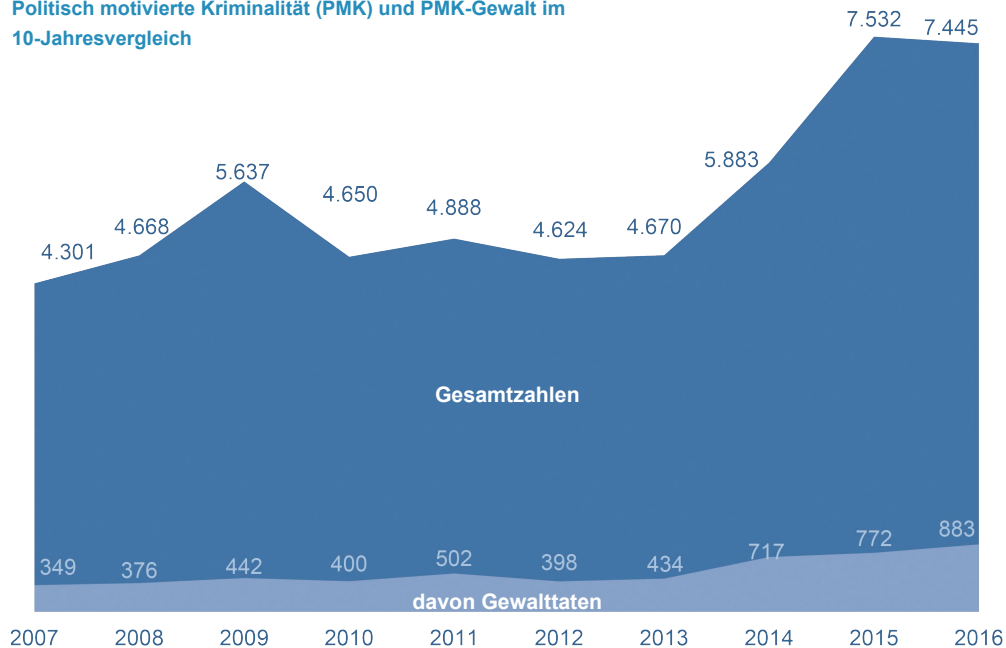
Beispiele für Veröffentlichungen des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen



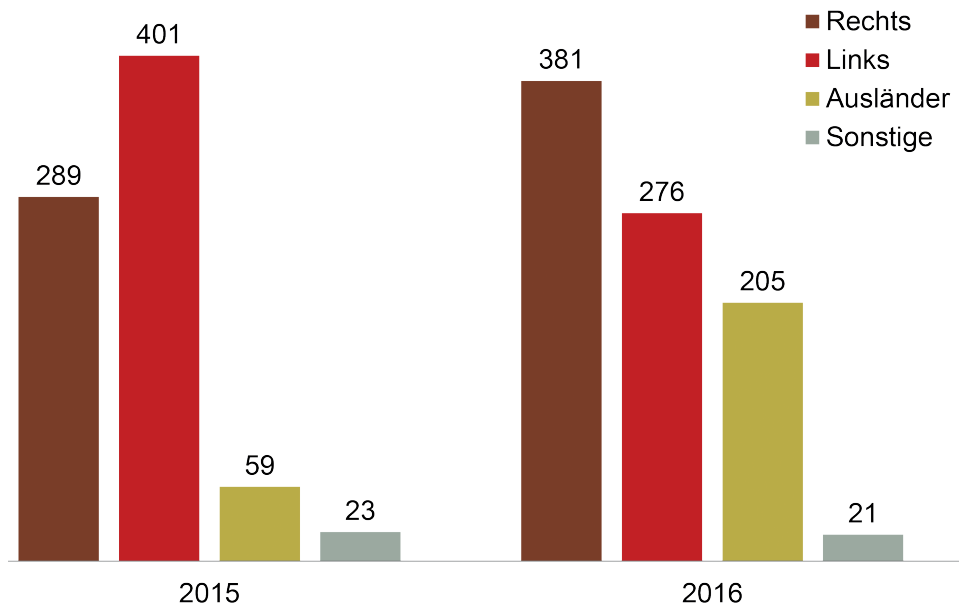
Extremismus in Zahlen



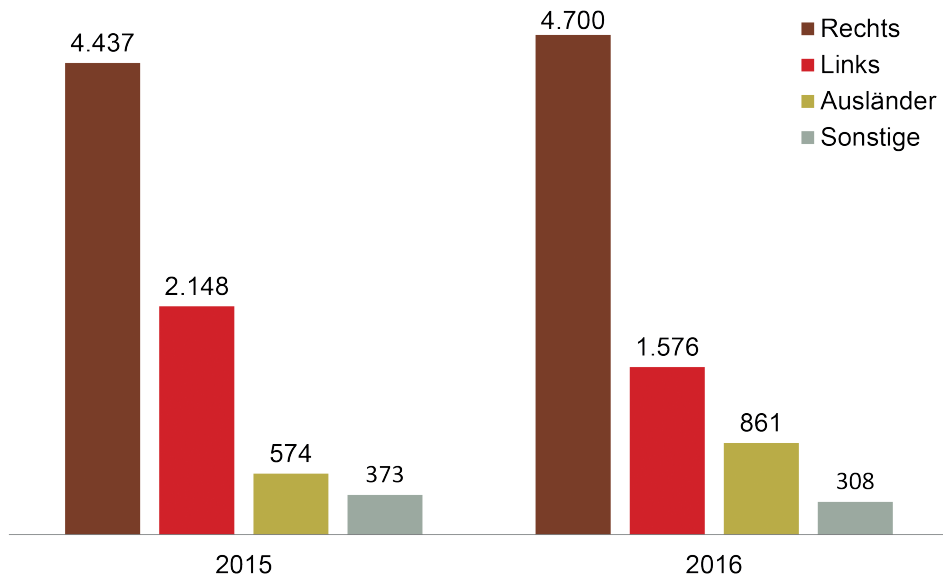
Politisch motivierte Kriminalität (PMK) und PMK-Gewalt im 10-Jahresvergleich



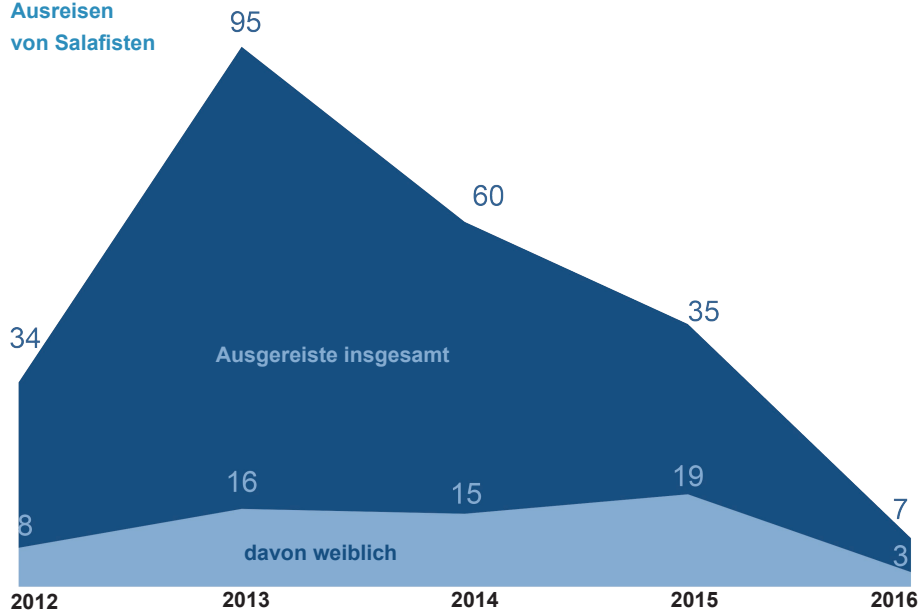
Gewaltkriminalität nach PMK-Phänomenbereichen im Vorjahresvergleich



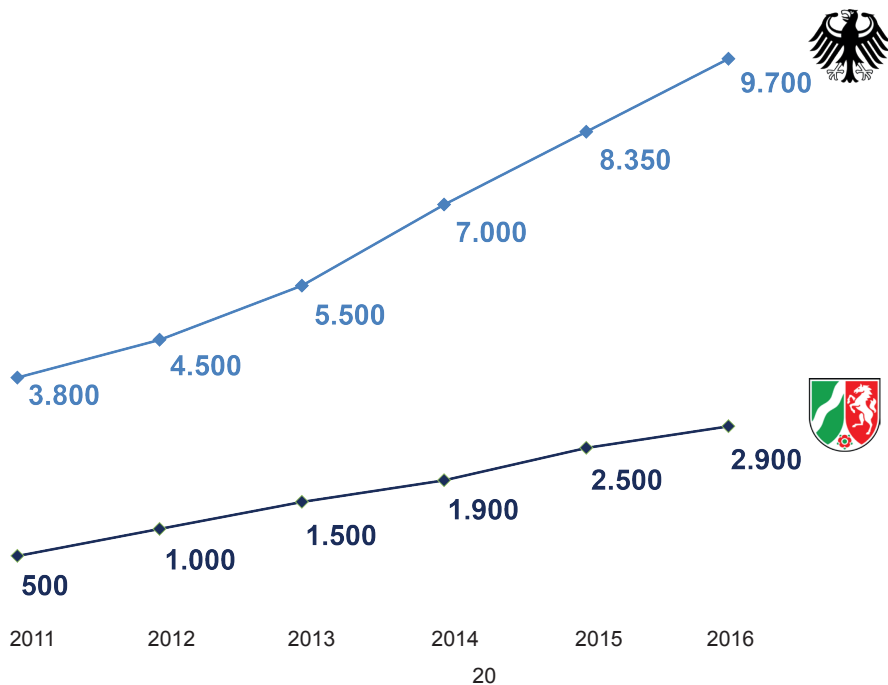
Politisch motivierte Kriminalität nach PMK-Phänomenbereichen im Vorjahresvergleich



Ausreisen
von Salafisten



Zahl der Salafisten



Ganzheitliches Handlungskonzept in der Salafismus-Prävention



Die Salafismus-Prävention in NRW orientiert sich am Lebensumfeld und den Lebensabschnitten von Heranwachsenden, die in den Extremismus abzurutschen drohen. Berücksichtigt werden dabei alle maßgeblichen Stationen auf dem Weg zum Erwachsenwerden von der Familie und dem Freundeskreis über Schule und bis zur Ausbildung und Beruf. Dabei sollen Widerstandskräfte gegen Manipulation von außen gestärkt werden.

Mit den Maßnahmen des Handlungskonzepts sollen sowohl die einzelne gefährdete Person in ihrer Lebenswelt, als auch das soziale Umfeld geschützt werden. Hier hilft Information, Qualifizierung, Kooperation und Beratung.

Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität (PMK)

Betrachtung der Gesamtentwicklung

In Nordrhein-Westfalen wurden im Jahr 2016 insgesamt 7.445 Politisch motivierte Straftaten bekannt (2015: 7.532). Damit ist im Vergleich zum Vorjahr ein leichter Rückgang um 87 (1,2%) Delikte zu verzeichnen.

Betrachtet nach Deliktsgruppen sind unterschiedliche Entwicklungen festzustellen. So wurden beispielsweise mit 966 Sachbeschädigungen 123 Straftaten mehr gezählt als im Vorjahr. Dagegen waren bei den 861 Verstößen gegen das Versammlungsgesetz starke Rückgänge zu verzeichnen (2015: 1.304).

Die Aufklärungsquote im Bereich der PMK für das Jahr 2016 beträgt 39,9% (2015: 37%). Es konnten

mit 2.972 Straftaten im Vergleich zum Vorjahr 182 Delikte mehr aufgeklärt werden (2015: 2.790).

Gewaltdelikte der Politisch motivierten Kriminalität (PMK-Gewalt)

Die Zahl der bekannt gewordenen Gewaltdelikte mit politischer Motivation ist in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zum Jahr 2015 gestiegen. Es wurden insgesamt 883 Gewaltdelikte bekannt, das bedeutet einen Anstieg um 14,4% (2015: 772). 456 Gewaltdelikte konnten polizeilich geklärt werden (2015: 432). Die Aufklärungsquote liegt mit 51,6% niedriger als im Vorjahr (2015: 56%).

Propagandadelikte

Einen hohen Anteil der PMK macht jährlich wiederkehrend die Gruppe der Propagandadelikte, also Straftaten der §§ 86 und 86a StGB, aus. Der Anteil

der Propagandadelikte am Straftatenaufkommen der Politisch motivierten Kriminalität ist seit Jahren rückläufig, blieb aber 2016 im Vergleich zum Vorjahr mit 2.385 (32%) Straftaten nahezu konstant (2015: 2.463 Straftaten bzw. 32,7%).

Bei den meisten Propagandadelikten handelt es sich um Hakenkreuzschmierereien, die nur wenige Ermittlungsansätze bieten und daher schwer aufzuklären sind. Mit 32,5% liegt die Aufklärungsquote der Propagandadelikte auf dem Niveau des Vorjahres (2015: 32,4%).

Extremistische Straftaten

Von den 7.445 im Jahr 2016 bekannt gewordenen Delikten der PMK sind 7.192 (96,6%) als extremistische Straftaten im Sinne des § 3 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein- Westfalen eingestuft, weil sie sich beispielsweise gegen

die freiheitliche demokratische Grundordnung richteten.

Sowohl die Anzahl der als extremistisch einzustufenden Straftaten als auch der Anteil am Gesamtaufkommen der PMK ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum auf einem hohen Niveau in etwa gleich geblieben (2015: 7.229 Straftaten bzw. 96%).

Entwicklung der Phänomenbereiche der Politisch motivierten Kriminalität

Betrachtet man die Entwicklung der PMK differenziert nach Phänomenbereichen, so zeigen sich unterschiedliche Entwicklungen. Einerseits Anstiege in den Phänomenbereichen der PMK-Rechts und PMK-Ausländer, andererseits Rückgänge bei der PMK-Links und der PMK-Sonstige / Nicht zuzuordnen.

	PMK- Rechts	PMK- Links	PMK- Ausländer	PMK- Sonstige
Tötungsdelikte	1 (2)	1 (0)	2 (0)	0 (0)
Brand- und Sprengstoffdelikte	32 (21)	22 (17)	5 (4)	4 (6)
Landfriedensbruchdelikte	6 (7)	43 (70)	22 (7)	1 (1)
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, Luft- und Straßenverkehr	2 (1)	21 (13)	2 (0)	2 (0)
Körperverletzungsdelikte	312 (231)	150 (229)	151 (42)	13 (14)
Widerstandshandlungen	19 (24)	34 (70)	19 (4)	0 (2)
Raub, Erpressung, Freiheitsberaubung	9 (2)	5 (2)	4 (2)	1 (0)
Sexualdelikte	0 (1)	0 (0)	0 (0)	0 (0)
Zwischensumme	381 (289)	276 (401)	205 (59)	21 (23)
Bedrohungen, Nötigungen	81 (84)	30 (19)	62 (34)	7 (5)
Sachbeschädigungen	345 (230)	459 (448)	109 (74)	53 (91)
Propagandadelikte	2.226 (2.271)	17 (30)	25 (13)	117 (149)
Volksverhetzungen	894 (799)	2 (4)	31 (36)	7 (18)
Störungen des öffentlichen Friedens	29 (34)	3 (2)	24 (24)	8 (7)
Beleidigungen	438 (346)	116 (156)	100 (66)	56 (43)
Verstöße gegen das Vereinsgesetz	1 (0)	1 (0)	116 (185)	0 (0)
Verstöße gegen das Versammlungsgesetz	172 (280)	589 (989)	90 (20)	10 (15)
Sonstige Straftaten	133 (104)	83 (99)	99 (63)	29 (22)
Gesamt	4.700 (4.437)	1.576 (2.148)	861 (574)	308 (373)

Deliktgruppen der Phänomenbereiche im Jahresvergleich 2016 und 2015 (2015 in Klammern)

Mitgliederzahlen und -potenziale in Nordrhein-Westfalen

Die Angaben zu den Parteien und Organisationen umfassen grundsätzlich alle Mitglieder. Die Angaben sind gerundet und zum Teil geschätzt.

Rechtsextremismus	2015	2016
NPD	600	600
Pro NRW		450
Pro Köln e.V		250
Pro Deutschland		100
Im Vorjahr wurden die Zahlen der Pro -Bewegungen gemeinsam erhoben	900	
Die Rechte	300	300
Der III. Weg	30	30
IBD (im Vorjahr wurde keine Zahl erhoben)	-	50
ARMINIUS-Bund des deutschen Volkes	-	15

Neonazistische Kameradschaften einschl. regionale Szenen	650	650
Skinheads	1.350	1.350
Sonstige	150	150
abzüglich Doppelmitgliedschaften*	-510	-475
Gesamt	3.470	3.470
davon gewaltorientierte Rechtsextremisten	2.000	2.000
Reichsbürger und Selbstverwalter**		2.000

* Einzelne Personen können gleichzeitig zwei Organisationen oder Gruppierungen zugerechnet werden. Die Mitglieder der Partei **Die Rechte** werden weiterhin als Neonazis gezählt.

** Für 2015 erfolgte keine Angabe, da über „Reichsbürger und Selbstverwalter“ erst seit 2016 berichtet wird.

Linksextremismus	2015	2016
Gewaltorientierte Linksextremisten einschl. Autonome	850	970
DKP	800	800
MLPD	650	650
Gesamt	2.300	2.420

Ausländerextremismus	2015	2016
»ADÜTDF«	2.000	2.000
DHKP-C	200	200
KONGRA-GEL bzw. PKK	2.200	2.200
LTTE	300	300
Gesamt	4.700	4.700

Islamismus	2015	2016
Extremistischer Salafismus	2.500	2.900
davon politisch	2.000	2.200
davon gewaltbereit	500	700
HAMAS	65	75
Hizb Allah	100	105
Hizb ut-Tahrir	35	35
Kalifatsstaat	220	220
Muslimbruderschaft	65	65
Milli Görüs-Bewegung (extremistischer Teil)	250	250
Nordkaukasische Separatisten-Bewegung	70	70
Türkische Hizbullah	100	100
Furkan-Gemeinschaft	-	15
Gesamt	3.405	3.835

Rechtsextremismus



„Tag der Deutschen Zukunft“ in Dortmund

In 2016 setzten Rechtsextremisten ihre massive fremdenfeindliche Agitation gegen Flüchtlinge fort. Zudem nahmen Rechtsextremisten islamistische Terroranschläge in Europa zum Anlass, Muslime pauschal als Terroristen und damit als eine Bedrohung darzustellen. Propagiert wurde eine radikale Bürgerkriegs- und Widerstandsrhetorik. Mit dem Feindbild „Flüchtlinge und Muslime“ entstand ein Nährboden für fremdenfeindliche Straftaten. Rechtsextremisten griffen den öffentlichen Diskurs über den Umgang mit Flüchtlingen und die Übergriffe in der Silvesternacht 2015 / 2016 am Kölner Hauptbahnhof auf, um gegen Flüchtlinge, Helfer von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Politiker und staatliche Mitarbeiter zu hetzen. Die Anzahl rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten hat 2016 erneut zugenommen. Auch die Zahl der Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte blieb auf dem hohen Niveau von 2015. Dass rund zwei Drittel der Tatverdächtigen bislang nicht rechtsextremistisch aktiv waren, weist auf Radikalisierungsver-

läufe außerhalb des organisierten Spektrums hin. Weiterhin bleibt die mögliche Bildung rechtsterroristischer Zellen eine ernstzunehmende Gefahr. Im März 2017 verurteilte das Oberlandesgericht München die vier Rädelsführer der **Oldschool Society**, darunter einen Bochumer, wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung.

Im Jahr 2016 nahm die deutliche Stigmatisierung des Rechtsextremismus in Teilen der Gesellschaft ab. Bei Versammlungen von Pegida NRW und Gida-ähnlichen Gruppierungen nahm eine Mischszene aus Rechtsextremisten, rechtsaffinen Hooligans und „Wutbürgern“ teil. Insbesondere die „Neue Rechte“ versucht bewusst eine Funktion als Mittler zwischen Rechtsextremismus und gesellschaftlicher Mitte einzunehmen. Jugendliche und junge Erwachsene sind die wichtigste Zielgruppe rechtsextremistischer Cliquen, Organisationen oder Parteien. Vor allem die „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ entwickelt für manche Jugendliche

Reiz und Anziehungskraft. Diese Erlebniswelt zeichnet sich durch einen Mix aus Freizeitaktivitäten, politischer Agitation und unterhaltenden Mitteln aus. Dazu zählen Rechtsrock-Konzerte, Partys, Demonstrationen sowie ein breites Spektrum an Websites und Social-Media-Profilen mit Musik, Videos und anderen multimedialen Elementen.

Die Vielfalt an rechtsextremistischen Organisationen nimmt weiter zu. Insbesondere die Organisationsform der Partei erscheint zunehmend attraktiv für Rechtsextremisten. Denn nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Verbotsverfahren gegen die **NPD** von Januar 2017 ist ein Parteiverbot erst dann verhältnismäßig, wenn eine Partei eine hinreichende gesellschaftliche Relevanz besitzt. Nach den Maßstäben des Bundesverfassungsgerichts trifft dies gegenwärtig auf keine rechtsextremistische Partei in Nordrhein-Westfalen zu. Gleichwohl gelingt es dem hochaktiven Dort-

munder Kreisverband der Partei **Die Rechte** mit einer Doppelstrategie von Provokation und Einschüchterung immer wieder größere Aufmerksamkeit zu erregen. Insbesondere mit der Organisation der Demonstration „Tag der deutschen Zukunft“ am 4. Juni 2016 inszenierte sich der Kreisverband als Gravitationszentrum des westdeutschen Neonazismus. Im lokalen Raum versuchen die Aktivisten eine „national befreite Zone“ im Dortmunder Westen zu schaffen. An der Umsetzung hindert sie vor allem die polizeiliche Präsenz.

Reichsbürger erkennen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland nicht an und versuchen, die Handlungsfähigkeit des Staates zu lähmen. Bislang konnte der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen rund 2.000 Anhänger identifizieren. Die **Reichsbürger** besitzen erhebliches Gefährdungspotenzial, weil sie das Gewaltmonopol des Staates nicht anerkennen, eine hohe Waffenaffinität aufweisen und einige Anhänger irrational handeln.

Linksextremismus



Mobilisierungsauf Ruf gegen den G20-Gipfel

Linksextremistische Parteien, Organisationen und Gruppen stellen eine Gefahr für die demokratische Gesellschaft dar, weil sie sich zum Ziel gesetzt haben, die freiheitliche demokratische Grundordnung revolutionär zu überwinden. Durch eine sozialistische, kommunistische oder anarchistische Gesellschaftsform soll eine vermeintlich herrschaftsfreie Ordnung herbeigeführt werden.

Linksextremistische Ideologien gehen von einem Prinzip menschlicher Gleichheit aus, das weit über individuelle Freiheiten gestellt wird. Die meisten Linksextremisten verstehen sich zudem als Internationalisten und sehen in der Arbeiterklasse das „historische revolutionäre Subjekt“.

Die linksautonome Szene in Nordrhein-Westfalen basierte auch im Jahr 2016 auf einer heterogenen, alternativen Mischszene. Die Szene ist insgesamt eher weniger ideologiefixiert als aktionsorientiert, wobei sich eine gemeinsame Ideologie aus

fundamental-anarchistischen und kommunistischen Theoriefragmenten zusammensetzt. Der Mangel an verbindlicher Zielsetzung wird dabei über das Erlebnis identitätsstiftender, gemeinsamer politischer Protestaktivitäten zu Themen wie Antifaschismus, Antirassismus, Antikapitalismus, Antigentrifizierung ausgeglichen. Gewalt stellt dabei ein grundsätzlich akzeptiertes Mittel im Kampf gegen den Staat und andere politische Gegner dar.

Diese Gewalt wird von vielen Linksextremisten in erster Linie als eine Form von ausgelebter Protestkultur verstanden. Die linksextremistische Szene akzeptiert den Einsatz von Gewalt insbesondere dann, wenn durch sie das eigene politische Anliegen mit großer medialer Wirkung in die Öffentlichkeit getragen wird. Gewaltanwendung ist zudem ein identitätsstiftendes Merkmal der aktionsorientierten autonomen Szene. So finden im Umfeld der Tatbegehung – beispielsweise bei Auseinander-

setzungen bei Demonstrationen – oftmals Solidaritätseffekte statt, die entscheidend für einen ersten Einstieg in die Szene sind. Gewalt zeigt sich dann besonders häufig als Massenmilitanz sowie in Form von durch Kleingruppen verübten objektbezogenen Straftaten wie Sachbeschädigungen und Sabotageakten an Einrichtungen der öffentlichen Infrastruktur. Gewaltanwendung erfolgt dabei häufig aus dem Schutz großer Gruppen heraus.

Die Gewaltbereitschaft im Linksextremismus nahm in Nordrhein-Westfalen im Berichtszeitraum weiter erheblich zu. Ist die Anzahl linksextremistisch motivierter Straftaten gegenüber 2015 zwar rückläufig, haben sich vor allem die Schwere der Gewalt und das gewaltbereite Personenpotenzial jedoch erhöht. Die Verschärfung der Gewalttaten bis hin zu Sabotageakten, die Inkaufnahme schwerster Verletzungen von Personen und die gesunkene Hemmschwelle belegen eine gravierende Entwicklung. Ein Beispiel dafür ist die gewaltbereite

linksautonome Waldbesetzer-Szene im und am Hambacher Forst.

Zu den Beobachtungsobjekten des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen zählen im Bereich Linksextremismus weiterhin die **Deutsche Kommunistische Partei (DKP)** und die **Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)**. Bislang blieben **DKP** und **MLPD** zwar wahlpolitisch bedeutungslos, kündigten jedoch an, 2017 sowohl für die Landtags- als auch für die Bundestagswahlen antreten zu wollen. Des Weiteren stehen einzelne Zusammenschlüsse innerhalb der Partei DIE LINKE unter Beobachtung, während die Partei selbst vom Verfassungsschutz nicht beobachtet wird. Sie ließ allerdings innerparteilich auch im Jahr 2016 Zusammenschlüsse zu und fördert teilweise solche, bei denen entweder Anhaltspunkte für eine linksextremistische Bestrebung vorliegen oder zumindest den Verdacht begründen.

Auslandsbezogener Extremismus



Großdemonstration am Rheinufer in Köln

Im nichtislamistischen auslandsbezogenen Extremismus beobachtet der Verfassungsschutz Bestrebungen, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten oder durch Anwendung von Gewalt auswärtige Belange der Bundesrepublik gefährden. Von herausgehobener Bedeutung sind dabei Organisationen mit Bezügen zur Türkei. Dies sind das Umfeld der verbotenen **Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)**, die **Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C)** und die »Ülkücü-Bewegung« (sogenannte »Graue Wölfe«)

Politische Ereignisse in der Türkei wie der gescheiterte Militärputsch vom 15. Juli 2016 oder das Verfassungsreferendum aus dem Frühjahr 2017, aber auch die anhaltenden Kampfhandlungen im türkisch-irakischen Grenzgebiet beeinflussen maßgeblich das Verhalten dieser Gruppierungen innerhalb von Nordrhein-Westfalen.

Diese Entwicklungen führen zu einer starken Emotionalisierung und wachsender gegenseitiger Gewaltbereitschaft zwischen türkisch linken Gruppen (insbesondere der **PKK**) und türkisch nationalistischen Gruppen – namentlich den Anhängern der »Ülkücü-Bewegung« – aber auch sympathisierenden Rockergruppen.

Der gescheiterte Putschversuch in der Türkei vom 15. Juli 2016 und die darauf folgenden repressiven Maßnahmen der türkischen Regierung waren und sind prägende Ereignisse, die seitdem in Deutschland zu einer gesteigerten Zahl von gegenseitigen Angriffen sowie zu Demonstrationen und Kundgebungen der verschiedenen Lager geführt haben. Das hohe Mobilisierungspotential, das die Szenen aufweisen, zeigte sich beispielsweise an der friedlich verlaufenen Großkundgebung am 31. Juli 2016 in Köln, an der unter dem Motto „gegen den Militärputsch in der Türkei“ bis zu 40.000 der türki-

schen Regierung nahestehende, türkischstämmige Personen teilnahmen.

Neben den Aktivitäten der **PKK** und der »Ülkücü-Bewegung« waren auch Mitglieder der **DHKP-C** im Jahr 2016 in Nordrhein-Westfalen aktiv. Die **DHKP-C** hat auch im Jahr 2016 terroristische Anschläge gegen staatliche Einrichtungen und Polizeibeamte in der Türkei durchgeführt. Nach dem Putschversuch unterliegt sie in der Türkei einem noch weiter erhöhten Strafverfolgungsdruck. Auch wenn die **DHKP-C** in Deutschland überwiegend propagandistisch tätig ist, tragen ihre Umfeld-Organisationen wie die »Anatolische Förderung« die gewaltorientierte Ausrichtung der **DHKP-C** mit.

Islamismus



WHAT HE RIGHTLY DESERVES!

AND GIVE HIM WHAT HE RIGHTLY DESERVES!

IS-Propagandmaterial

Das Jahr 2016 war aus deutscher Sicht geprägt vom islamistischen Terrorismus. Fünf Anschläge in Hannover, Essen, Würzburg, Ansbach und Berlin mit zahlreichen Toten und Verletzten, ein unmittelbar vereiteter Anschlag durch eine Festnahme in Leipzig sowie mehrere bereits in der Planungsphase verhinderte Anschläge sind Beweis für das stark angestiegene Bedrohungspotenzial.

Der Beginn des militärischen Niedergangs des sogenannten **Islamischen Staates (IS)** im Irak und Syrien hat zu einer Verschärfung der Bedrohungslage in Europa geführt. Wurde früher die Ausreise zum **IS** in den Nahen Osten propagiert, wird nun vor allem im Internet zum „Jihad vor Ort“ aufgerufen.

Hinter dieser Schwerpunktverlagerung der Propagandabotschaften stecken klare strategische Überlegungen. Die Ausreise nach Syrien – vormals vor allem über die Türkei – ist schwierig bis

unmöglich geworden. Die Türkei befindet sich mittlerweile selbst im Krieg mit dem **IS**. Durch terroristische Aktionen im „Westen“ will sich der **IS** neue Erfolgsnarrative schaffen, Chaos und Schrecken verbreiten und den „Westen“ und seine Bevölkerung für das militärische Engagement „bestrafen“.

Gleichzeitig verfolgen **IS**-Strategen das Ziel, die Konfrontation zwischen der nicht-muslimischen und muslimischen Bevölkerung in westlichen Ländern zu schüren. Durch Anschläge wird bewusst einkalkuliert, anti-muslimische Strömungen zu stärken, innergesellschaftliche Konflikte zu provozieren und westliche Gesellschaften zu destabilisieren.

Deutsche Sicherheitsbehörden haben auf diese Situation reagiert. 2016 sind zahlreiche staatliche Maßnahmen gegen islamistische Szenen ergriffen worden.

Das gezielte Vorgehen gegen **IS**-Sympathisanten hat im November 2016 zur Festnahme eines – mutmaßlich – maßgeblichen Chefidologen und Rädelsführer der Unterstützer-Szene in Deutschland geführt. Seit Beginn des Jahres 2016 sind 26 Verfahren beim Generalbundesanwalt anhängig. Darüber hinaus sind 82 Verfahren registriert, die sich gegen Personen richten, die aus jihadistischen Kampfgebieten zurückgekehrt sind (Stand: Juli 2017).

Ebenfalls im November 2016 hat das Bundesministerium des Innern nach monatelangen Vorbereitungen durch Landes- und Bundesbehörden ein deutschlandweites Verbot gegen die Vereinigung **Die Wahre Religion** und **Lies!** ausgesprochen.

Grundlage des Verbots war nicht die öffentliche Verteilung von Koranen durch **Lies!**. Vielmehr gründet das Verbot auf der aggressiven Stimmungsmache gegen die deutsche Verfassung und

den deutschen Rechtsstaat über einen längeren Zeitraum durch maßgebliche Akteure dieses Netzwerks. Über 40 Anhänger der **Lies!**-Aktion hatten sich allein in Nordrhein-Westfalen im Laufe der letzten Jahre radikalisiert und sind nach Syrien und in den Irak ausgereist.

Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die extremistisch-salafistische Szene in Deutschland und Nordrhein-Westfalen nach wie vor besteht und handlungsfähig ist. Die Attraktivität des extremistischen Salafismus und der Idee des Jihad gerade für junge Muslime als Ausdruck einer radikalen Abkehr von der westlichen Gesellschaft und ihrer Werte-Ordnung ist ungebrochen.

Dies spiegelt sich nicht zuletzt auch 2016 im Wachstum des extremistisch-salafistischen Personenpotenzials von 8.350 auf 9.700 bundesweit und von 2.500 auf 2.900 in Nordrhein-Westfalen wider (Stand: 31. Dezember 2016).

Auch in den kommenden Jahren ist daher von einer akuten Gefahr durch radikalisierte, salafistisch-motivierte Extremisten auszugehen. Rückkehrer aus Krisengebieten, „Terror-Kommandos“ aus dem Ausland, Jihad-affine salafistische Szenen vor Ort sowie radikalisierte Einzeltäter werden auf lange Sicht eine Herausforderung für Sicherheitsbehörden und die deutsche Gesellschaft bleiben.

Scientology

SCIENTOLOGY

L. Ron Hubbard

Was ist Scientology?

Scientology heute

Ehrenamtliche Geistliche

Häufig gestellte Fragen

Bücher

Online-Kurse

WAS IST SCIENTOLOGY?

L. RON HUBBARD: GRÜNDER



INNERHALB EINER
SCIENTOLOGY KIRCHE



NEUE SCIENTOLOGY KIRCHEN



ANSCHAUUNGEN UND PRAXIS



LERNEN SIE EINEN SCIENTOLOGEN
KENNEN



SCIENTOLOGY HEUTE



INTERAKTIVER
VIDEOKANAL



VIDEO

Your Full Potential

◀ Zurück ● ● ● ● ● ● ● ● ● ● ● ● ● ● ● Weiter ▶



Online-Auftritt der Scientology-Organisation

Die Ziele der **SO** wurden durch den Gründer LRH festgelegt. Nach der Ideologie der **SO** sind seine Lehren unabänderlich und bindend. Eines seiner formulierten Ziele ist „Clear Planet“. Dies bedeutet, dass alle Menschen der scientologischen Gesellschaft angehören sollen. Hieraus kann der Schluss gezogen werden, dass die **SO** so etwas wie eine Weltherrschaft anstrebt.

Scientologen teilen die Gesellschaft in „Nichtabberierte“ und „Abberierte“ (Nicht-Scientologen) auf. Letztere sind nach ihren Vorstellungen in einzelnen Menschenrechten einzuschränken. Eines der großen Themen in der **SO** ist die Expansion, auf welche die Mitglieder kontinuierlich eingeschworen werden und zu deren Erreichung **SO** versucht, Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu nehmen. Dabei tritt **SO** nicht immer offen auf, sondern verbirgt sich häufig bei ihren Aktivitäten hinter einer ihrer zahlreichen Tarnorganisationen. Zu diesen Tarnorganisationen gehören

unter anderem **Der Weg zum Glücklichein, Jugend für Menschenrechte** und **Sag nein zu Drogen**. Mit professionellen Internetpräsenzen und Themen wie zum Beispiel Drogen und Menschenrechte sprechen sie insbesondere Jugendliche an und nutzen das Internet, um außerhalb der Einflussmöglichkeit der Erziehungsberechtigten mit ihnen Kontakt aufzunehmen.

Die Zugehörigkeit einer Tarnorganisation zur **SO** ist nur schwer erkennbar. Deren hochwertig gestaltete Broschüren werden verteilt, beziehungsweise an gut zugänglichen Stellen wie Beratungsbüros, Geschäften und Praxen auch mit Zustimmung der Verantwortlichen, die den Zusammenhang mit **SO** nicht erkennen, ausgelegt.

Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz



Container-Hafen in Duisburg

Das Interesse ausländischer Nachrichtendienste an Informationen über politische Vorhaben und Ziele, Verhandlungspositionen und Strategien sowie wirtschaftliche Planungen und militärische Potenziale in Deutschland und Nordrhein-Westfalen war im Jahr 2016 weiterhin hoch. Beleg dafür sind zahlreiche Versuche ausländischer Nachrichtendienste, Kontakt mit Gesprächspartnern in der nordrhein-westfälischen Politik und Wirtschaft aufzunehmen. Im Berichtsjahr war zudem zu beobachten, dass ausländische Nachrichtendienste verstärkt Beschäftigte von Behörden ansprechen, um Informationen abzugreifen.

Beschaffungsstellen in einschlägigen Staaten bemühten sich zudem, proliferationsrelevante Güter verdeckt in Nordrhein-Westfalen einzukaufen. Dies sind in der Regel sogenannte Dual-use-Produkte, die sich sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke nutzen lassen. Getarnt werden die nicht zugelassenen Beschaffungen üblicherweise über

ein auf mehrere Länder verteiltes Netzwerk aus Tarnfirmen und Stroh Männern. Der eigentliche Empfänger soll dabei unerkannt bleiben. Die Spionageabwehr konnte im Berichtsjahr 32 dieser Beschaffungsversuche beobachten. In der überwiegenden Zahl der Fälle konnte eine Auslieferung verhindert werden.

Die Zahl gezielter und qualitativ hochwertiger Cyberangriffe auf deutsche Unternehmen lag im Jahr 2016 erneut auf einem hohen Niveau. Die Angreifer hatten es dabei auf Unternehmensnetzwerke und Kontrollsysteme der Industrie abgesehen. Im Fokus stehen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, die sich häufig durch innovative Produkte und ein besonderes Know-how auszeichnen. Die Unternehmensleitungen sind gefordert, einen ausreichenden Schutz gegen elektronische Angriffe zu implementieren und die Beschäftigten auf allen Ebenen für die Gefahren zu sensibilisieren. Mit der Veranstaltungsreihe

„Unternehmenssicherheit ist Chefsache“ richtete sich der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz zusammen mit den Kooperationspartnern der Sicherheitspartnerschaft NRW daher gezielt an Entscheider in Unternehmen. Die ersten vier sogenannten Entscheider-Dialoge fanden im Herbst 2016 mit sehr guter Resonanz in unterschiedlichen Regionen des Landes statt. Neben dieser Reihe konnte der Verfassungsschutz mit zahlreichen Einzelgesprächen und Vorträgen in Unternehmen, Verbänden und Organisationen auch im Jahr 2016 seine intensive Beratungs- und Sensibilisierungsarbeit fortführen.

Die Schwerpunkte der Extremismusprävention des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes lagen im Jahr 2016 weiterhin in den Bereichen Islamismus und Rechtsextremismus. Ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz stand dabei im Vordergrund. Zahlreiche institutionelle Stellen sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sind systematisch und umfassend informiert und sensibilisiert worden.

Das landesweite Präventionsprogramm „Wegweiser“ ist auf weitere Städte und Regionen ausgeweitet worden. Es bietet Ratsuchenden vor Ort eine Anlaufstelle und versucht, bereits den Einstieg in die salafistische Szene zu verhindern.

Der Verfassungsschutz NRW verfügt zudem über eigene Programme, die Rechtsextremisten und Islamisten beim Ausstieg aus der extremistischen Szene unterstützen. Beide Programme wurden 2016 personell verstärkt.

Das Fortbildungsprojekt „VIR – Veränderungsimpulse setzen bei Rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen“ hat 2016 zwei weitere Trainerinnen- und Trainer-Ausbildungen mit positiver Resonanz durchgeführt. Der Verfassungsschutz ist an dem Projekt als Kooperationspartner beteiligt.

Im Zusammenhang mit der Aufnahme einer großen Zahl geflüchteter Menschen lag ein Augenmerk auf den Themen extremistischer Salafismus und islamistischer Terrorismus. Beschäftigte des Verfassungsschutzes NRW informierten hierzu in zahlreichen Veranstaltungen gezielt Flüchtlingseinrichtungen und zuständige kommunale Ämter und beantworteten zahlreiche Fragen.

Der Verfassungsschutz NRW arbeitet in der Prävention erfolgreich mit verschiedenen Partnern zusammen. Er hat sich aktiv an der interministeriellen Arbeitsgruppe beteiligt, die das „Integrierte

Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ entwickelt hat. Das am 10. Mai 2016 verabschiedete Konzept wird bis zum Jahr 2019 umgesetzt. Um zudem die gemeinsamen Anstrengungen in Nordrhein-Westfalen beim Vorgehen gegen extremistischen Salafismus stärker zu bündeln, wurde die interministerielle Arbeitsgruppe „Salafismusprävention“ ins Leben gerufen.

Die Fachtagung „#salafismus – Gemeinsam gegen salafistische Internet-Propaganda“ bot eine Plattform für den Austausch und die Vernetzung von Akteuren der Prävention mit Personen, die in Online-Communities und auf Social Media Kanälen aktiv sind. Sie wurde am 16. April 2016 vom nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz gemeinsam mit der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund in Berlin durchgeführt und gab den Startschuss für die Umsetzung konkreter Projekte.

Aufklärung über Ideologien, Strukturen und Strategien verfassungsfeindlicher Organisationen und Parteien stärkt die Wachsamkeit der demokratischen Öffentlichkeit und festigt auf diese Weise das Fundament einer wehrhaften Demokratie.

Im Jahr 2016 hat der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz über 330 Informationsveranstaltungen für Politik, Behörden, Institutionen sowie Bürgerinnen und Bürger in allen Landesteilen durchgeführt oder war an ihnen beteiligt.

Präventionsprogramm Wegweiser

Wegweiser-Anlaufstellen in
Nordrhein-Westfalen

